

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht ziehen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen der Regierung zu entsenden.

Diese Regelung gilt auch für Senatoren und Staatssekretäre des Landes Berlin.

Begründung:

Die amtierende Koalition in Thüringen aus Linke, SPD und Grüne hat in ihrem Koalitionsvertrag vom 04. Dezember 2014 verschiedene Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht verabredet. Auch die in der Entschließung aufgeführte Schlussfolgerung gilt im Freistaat Thüringen, wonach „die Koalition keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden wird.“

Aufgrund der Durchführung einer Regelanfrage bei der Stasi-Unterlagenbehörde im Vorfeld einer Besetzung wäre Holm auch im Nachbarbundesland Brandenburg nicht Staatssekretär geworden. „Wird eine Zusammenarbeit festgestellt, ist eine Besetzung nicht möglich.“, so Regierungssprecher Florian Engels in der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ vom 16. Dezember 2016. Diese Klarheit ist auch in Berlin notwendig.

Die neue Berliner Koalition aus SPD, Linke und Grüne hat auf eine solche oder in der Sache vergleichbare – und in Berlin dringend notwendige – Regelung in ihrem Koalitionsvertrag vom 08. Dezember 2016 gänzlich verzichtet.

Mehr noch: das aktive Handeln des Berliner Senats mit der Ernennung des Herrn Dr. Andrej Holm zum Staatssekretär pervertiert die Selbstverständlichkeit einer solchen Regelung in ihr Gegenteil.

Umso dringender bedarf es in Berlin einer solchen Regelung und einer solchen politischen Verständigung.

Trotz offenkundiger und eingeräumter Mitarbeit Holms im Sicherheitssystem des Unrechtsstaates DDR (unter anderem hauptamtliche Mitarbeit bei dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR und nach Holms eigener Erinnerung Ausbildung beim „Wachregiment Felix Dzierzynski“), wurde Holm vom Senat von Berlin am 13. Dezember zum Staatssekretär ernannt.

Dies geschah – gemäß Koalitionsvertrag - auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters Müller (SPD) und Stadtentwicklungssenatorin Lompscher (Linke). Die Senatorin und ausdrücklich der Regierende Bürgermeister haben die persönliche Verpflichtung, ihren Personalvorschlag zu revidieren und die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht zu ziehen.

Es ist genauso selbstverständlich wie dringend erforderlich, dass auch in der Personalauswahl der Berliner Landesregierung der geschichtsvergessene Umgang mit der DDR-Diktatur revidiert wird. Dieses Linksbündnis ist dabei, den gesellschaftlichen Kompass zu verschieben.

Berlin, den 16.12.2016

Graf Melzer Rissmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU